



Claus  
Lambl  
Faulhaber



# Schul- und Beamtenrecht Bayern

Bibliothek  
der  
Schulpraxis





EUROPA-FACHBUCHREIHE  
für wirtschaftliche Bildung

# Schul- und Beamtenrecht

**für die Lehramtsausbildung und Schulpraxis  
in Bayern**

3. Auflage

VERLAG EUROPA-LEHRMITTEL · Nourney, Vollmer GmbH & Co. KG  
Düsseldorfer Straße 23 · 42781 Haan-Gruiten

**Europa-Nr.: 77790**

**Autoren:**

Dietrich Claus	StD a.D., Experte für »Schulrecht/Schulkunde«
Wolfgang Lambl	FSR a. D., Stellv. Bundesvorsitzender BvLB, Experte/Referent für Dienst-, Tarif- und Personalvertretungs- recht
Walter Faulhaber	StD a.D., Experte für Dienst- und Personalvertretungsrecht
Arbeitskreisleitung:	Dietrich Claus
Verlagslektorat:	Dr. Rainer Maurer

3. Auflage 2021

Druck 5 4 3 2 1

Alle Drucke derselben Auflage sind parallel einsetzbar, da bis auf die Behebung von Druckfehlern untereinander unverändert.

ISBN 978-3-7585-2148-5

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der gesetzlich geregelten Fälle muss vom Verlag schriftlich genehmigt werden.

© 2021 by Verlag Europa-Lehrmittel, Nourney, Vollmer GmbH & Co. KG, 42781 Haan-Gruiten

Umschlaggestaltung: Andreas Sonnhüter, 40625 Düsseldorf (unter Verwendung eines Fotos von istockphoto,  
© Clerkenwell\_Images/istockphoto.com)

Satz: Doris Busch, 40477 Düsseldorf

Druck: Plump Druck & Medien GmbH, 53619 Rheinbreitbach

# Vorwort

»Schul- und Beamtenrecht« ist ein neues, umfassendes Referenz- und Nachschlagewerk zu den rechtlichen Rahmenbedingungen des Schulalltages in Bayern. Es bietet eine systematische, sehr gut verständliche Darstellung der Strukturen des bayerischen Schulwesens sowie der Rechte von Lehrerinnen und Lehrern gegenüber den Schülern und dem Dienstherrn.

Das Buch ist bestimmt für

- Schulleitungen allgemeinbildender und berufsbildender Schulen:  
als Grundlage für die tägliche Arbeit, als Leitfaden für die Unterweisung der Lehramtsanwärter sowie bei Rückfragen des Kollegiums,
- Studienreferendar/-innen und Lehramtsanwärter/-innen:  
zur Vorbereitung auf das Prüfungsfach »Schulrecht/Beamtenrecht« der Staatsprüfung,
- Lehrerinnen und Lehrer von allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zur sicheren Beurteilung rechtlich relevanter Situationen, etwa ihrer Aufsichtspflichten und der Zulässigkeit von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen,
- Personalräten in bayerischen Schulen zur Information und Beratung über Rechtsfragen des Schulalltags,
- Eltern und Schüler/-innen zum besseren Verständnis der Organe und Regelungen des bayerischen Schulwesens sowie der Rechtsstellung von Schüler/-innen im Schulalltag.

Konkrete Situationen und Fälle bilden das Gerüst der Darstellungen zum »Schul- und Beamtenrecht« ebenso wie Übersichten und Fragen, die sich konsequent an der Schulpraxis orientieren. So werden juristische Sachverhalte zu den Themen Benotung, Dienstpflichten, Haftung, Datenschutz und Urheberrecht anschaulich erläutert.

Das Buch bietet unverzichtbares rechtliches Grundlagenwissen für den Schulalltag.

## **Ihr Feedback ist uns wichtig.**

Ihre Anmerkungen, Hinweise und Verbesserungsvorschläge zu diesem Buch nehmen wir gerne auf – schreiben Sie uns unter [lektorat@europa-lehrmittel.de](mailto:lektorat@europa-lehrmittel.de).

Sommer 2021  
Die Verfasser

# Inhaltsverzeichnis

## Teil 1: Schulrecht

<b>1</b>	<b>Pädagogik und Recht .....</b>	<b>9</b>
1.1	Rechtsbegriff .....	9
1.2	Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen .....	11
1.3	Recht auf eine der Begabung entsprechende Bildung .....	14
<b>2</b>	<b>Rechtsquellen im Schulrecht.....</b>	<b>16</b>
2.1	Normenhierarchie im Schulrecht.....	16
2.2	Interpretation rechtlicher Bestimmungen .....	19
2.2.1	Tatbestand und Rechtsfolge.....	19
2.2.2	Gebundene Entscheidung und Ermessen.....	20
2.3	Kulturhoheit der Länder .....	23
2.3.1	Gesetzgebungskompetenz der Länder .....	23
2.3.2	Ständige Konferenz der Kultusminister (KMK) .....	23
2.3.3	Ländervereinbarung für mehr Vergleichbarkeit bei Bildung und Abschlüssen....	24
<b>3</b>	<b>Rechtsformen des schulischen Verwaltungshandelns .....</b>	<b>25</b>
3.1	Die Schule im Rechtsstaat .....	25
3.2	Der Verwaltungsakt.....	26
3.2.1	Die Merkmale des Verwaltungsaktes .....	26
3.2.2	Grundsätze des Verwaltungsverfahrens zum Erlass eines Verwaltungsaktes (Auswahl) .....	27
3.3	Die förmlichen Rechtsbehelfe Widerspruch und Klage.....	29
3.3.1	Die aufschiebende Wirkung .....	29
3.3.2	Widerspruch oder Klage .....	29
3.4	Formlose Rechtsbehelfe .....	32
<b>4</b>	<b>Amtliche Veröffentlichungen und Mitteilungen.....</b>	<b>33</b>
4.1	Rechtsrahmen.....	33
4.2	Gesetze (Auswahl) .....	34
4.3	Schulordnungen, Prüfungsordnungen und sonstige Verordnungen .....	35
4.3.1	Schulordnungen (Auswahl) .....	35
4.3.2	Prüfungsordnungen (Auswahl).....	35
4.3.3	Zulassungs- und Ausbildungsordnungen für die einzelnen Lehrämter (ZAL) .....	35
4.4	Kultusministerielle Bekanntmachungen .....	36
4.5	Kultusministerielle Schreiben.....	36
4.6	Weitere Veröffentlichungen .....	36
4.7	Die Informationsmöglichkeiten der Lehrkraft .....	37
<b>5</b>	<b>Die Gliederung des Schulwesens .....</b>	<b>38</b>
5.1	Wahl des Bildungsganges .....	38
5.2	Die allgemein bildenden Schularten .....	41
5.2.1	Die Grundschule .....	41
5.2.2	Die Mittelschule.....	42
5.2.3	Die Realschule.....	43
5.2.4	Das Gymnasium.....	43
5.2.5	Schulen des Zweiten Bildungswegs.....	44

5.3	Schularten des beruflichen Schulwesens.....	45
5.3.1	Die Berufsschule .....	45
5.3.2	Die Berufsfachschule .....	46
5.3.3	Die Wirtschaftsschule .....	46
5.3.4	Die Fachschule .....	47
5.3.5	Die Berufliche Oberschule .....	48
5.3.6	Die Fachakademie .....	49
5.4	Förderschulen und Schulen für Kranke .....	50
5.4.1	Förderschulen.....	50
5.4.2	Schulen für Kranke.....	51
5.5	Privatschulen .....	52
5.5.1	Bedeutung und Rechtsstellung.....	52
5.5.2	Begriffsbestimmung – Unterscheidung .....	53
5.5.3	Ersatzschulen .....	53
<b>6</b>	<b>Der mittlere Schulabschluss .....</b>	<b>56</b>
6.1	Der mittlere Schulabschluss an allgemein bildenden Schulen.....	56
6.2	Der mittlere Schulabschluss an beruflichen Schulen.....	57
<b>7</b>	<b>Schulsprenkel und Gastschulverhältnisse .....</b>	<b>60</b>
7.1	Schulsprenkel.....	60
7.2	Schulsprenkel für Grund- und Mittelschulen .....	61
7.3	Schulsprenkel für Berufsschulen.....	61
7.4	Schulsprenkel für weiterführende Schulen .....	63
7.5	Gastschulverhältnisse.....	63
<b>8</b>	<b>Organisationsformen des Unterrichts .....</b>	<b>65</b>
8.1	Unterricht an den allgemein bildenden Schulen .....	65
8.1.1	Exkurs: Die Ganztagschule .....	65
8.2	Unterricht an beruflichen Schulen .....	66
8.2.1	Weiterführende berufliche Schulen.....	66
8.2.2	Die Berufsschule .....	66
<b>9</b>	<b>Die Rechtsstellung des Schülers .....</b>	<b>69</b>
9.1	Die Schulpflicht.....	69
9.2	Beginn, Dauer und Erfüllung der Schulpflicht .....	69
9.3	Die Berufsschulpflicht.....	70
9.4	Maßnahmen zur Erfüllung der Schulpflicht .....	74
9.5	Verhinderung – Befreiung – Beurlaubung .....	76
9.5.1	Verhinderung .....	76
9.5.2	Befreiung .....	77
9.5.3	Beurlaubung.....	77
9.5.4	Abmeldung vom Religionsunterricht .....	79
<b>10</b>	<b>Die Organe der Schule .....</b>	<b>80</b>
10.1	Die Schulleitung.....	80
10.2	Die Lehrkräfte .....	82
10.3	Konferenzen .....	82
10.3.1	Die Lehrerkonferenz .....	82
10.3.2	Ausschüsse .....	83
10.3.3	Die Klassenkonferenz.....	83

10.4	Schülermitverantwortung und Schülervertretung .....	84
10.4.1	Stellung und Zuständigkeit der Schülermitverantwortung .....	84
10.4.2	Die Organe der Schülermitverantwortung .....	85
10.5	Die Elternvertretung .....	86
10.5.1	Bedeutung .....	86
10.5.2	Der Elternbeirat als Organ der Elternvertretung .....	87
10.6	Das Schulforum und der Berufsschulbeirat .....	88
<b>11</b>	<b>Stellung, Aufgaben und Dienstpflichten der Lehrkraft .....</b>	<b>90</b>
11.1	Stellung und Aufgaben der Lehrkraft .....	90
11.2	Allgemeine Dienstpflichten der Lehrkraft .....	91
11.3	Der Unterricht .....	95
11.4	Außerunterrichtliche Dienstpflichten .....	96
<b>12</b>	<b>Der Klassenleiter .....</b>	<b>100</b>
12.1	Bedeutung .....	100
12.2	Aufgabenkatalog .....	101
<b>13</b>	<b>Die Schulbehörden.....</b>	<b>102</b>
13.1	Einführung .....	102
13.2	Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus .....	103
13.3	Schulaufsicht über die Schulen .....	106
<b>14</b>	<b>Aufsichtspflicht .....</b>	<b>110</b>
14.1	Rechtliche Grundlagen .....	110
14.2	Umfang der Aufsichtspflicht .....	113
14.2.1	Örtliche und zeitliche Grenzen der Aufsichtspflicht .....	113
14.2.2	Aufsicht während des Unterrichts .....	114
14.2.3	Aufsicht bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen .....	115
14.3	Kriterien der Aufsichtsführung .....	115
14.4	Aufsichtspflicht – Verkehrssicherungspflicht .....	118
14.5	Gesetzliche Unfallversicherung (GUV) .....	118
14.6	Rechtliche Folgen von Aufsichtspflichtverletzungen .....	120
<b>15</b>	<b>Haftung der Lehrkraft.....</b>	<b>122</b>
15.1	Rechtliche Grundlagen .....	122
15.2	Hinweise für die Praxis .....	124
15.3	Übersicht .....	124
<b>16</b>	<b>Unfallschutz in der Schule.....</b>	<b>126</b>
16.1	Einführung .....	126
16.2	Die Träger der Schülerunfallversicherung .....	126
16.3	Unfallursachen .....	127
16.4	Zuständigkeiten .....	127
16.4.1	Äußerer Schulbereich (Gebäude, Anlagen und Einrichtungen) .....	128
16.4.2	Innerer Schulbereich .....	128
16.4.3	Fachberater für Verkehrs- und Sicherheitserziehung .....	130
16.4.4	Versicherungsumfang .....	130
16.4.5	Aufgaben der gesetzlichen Unfallversicherung .....	131
16.4.6	Sicherheitskonzept für Schulen .....	131



<b>17</b>	<b>Schülerfahrten .....</b>	<b>132</b>
17.1	Bedeutung und Begriffsklärung .....	132
17.2	Die Vorbereitung .....	132
17.3	Die Durchführung .....	134
17.4	Die Nachbereitung .....	135
<b>18</b>	<b>Datenschutz in der Schule .....</b>	<b>136</b>
18.1	Aufgabe des Datenschutzes .....	136
18.2	Verschwiegenheitspflicht und Auskunftserteilung .....	136
18.3	Datenschutzstellen .....	138
18.3.1	Datenschutzbeauftragter an der Schule .....	138
18.3.2	Landesbeauftragter für den Datenschutz .....	138
18.3.3	Beratungsstellen für Schulen in Datenschutzfragen .....	138
18.4	Erhebung und Verarbeitung von Daten .....	139
18.4.1	Datenerhebung, Datenverarbeitung und Datennutzung an Schulen .....	140
18.4.2	Datenverarbeitung auf privaten Rechnern der Lehrkräfte .....	141
18.4.3	Speicherungsdauer von Daten .....	141
18.5	Häufige Datenschutzfragen an Schulen .....	142
18.5.1	Videoüberwachung .....	142
18.5.2	Erhebungen an Schulen .....	143
18.5.3	Evaluation an Schulen .....	143
18.5.4	Einsatz eines digitalen Whiteboards im Unterricht .....	145
18.5.5	Film-/Tonaufnahmen durch außerschulische Stellen .....	145
18.5.6	Schülerfotos .....	146
18.6	Wichtige Datenschutzbestimmungen für Schulen .....	146
18.7	Fälle zum Datenschutz für die Lehrkräfte .....	147
18.7.1	Bekanntgabe von Noten im Unterricht .....	147
18.7.2	Datentransport auf einem USB-Stick .....	147
<b>19</b>	<b>Lehr- und Lernmittel .....</b>	<b>150</b>
19.1	Begriffsklärung .....	150
19.2	Die Zulassungspflicht .....	150
19.3	Die Lernmittelfreiheit .....	151
19.4	Die Einführung der Lernmittel an den Schulen .....	152
<b>20</b>	<b>Urheberrecht .....</b>	<b>153</b>
20.1	Grundsätzliches .....	153
20.2	Welche Werke sind geschützt? .....	154
20.3	Fotokopieren und Digitalisieren in der Schule .....	155
20.4	Schul-Intranet und passwortgeschützte Lernplattform .....	158
20.5	Softwarenutzung in Schulen .....	158
20.6	Wiedergabe von Werken bei Schulveranstaltungen .....	159
20.7	Internet .....	159
20.8	Rechtliche Konsequenzen bei Verstößen gegen das Urheberrecht .....	160
<b>21</b>	<b>Leistungsfeststellung und Benotung .....</b>	<b>161</b>
21.1	Bedeutung .....	161
21.2	Exkurs: Die Gütekriterien eines Tests .....	161
21.3	Art der Leistungsnachweise .....	162
21.4	Die Leistungsfeststellung .....	162

21.4.1	Vorbereitungen .....	163
21.4.2	Die Durchführung.....	164
21.4.3	Die mündliche Note .....	165
21.5	Die Korrektur und Benotung.....	165
21.6	Die Kontrolle .....	167
21.6.1	Außergerichtliche Kontrolle.....	167
21.6.2	Kontrolle durch das Verwaltungsgericht .....	168
<b>22</b>	<b>Zeugnisse .....</b>	<b>170</b>
22.1	Die Rechtsnatur von Zeugnissen .....	170
22.2	Zeugnisarten an allgemein bildende Schulen.....	171
22.3	Zeugnisarten an beruflichen Schulen .....	171
<b>23</b>	<b>Erziehungs-, Ordnungs- und Sicherungsmaßnahmen.....</b>	<b>173</b>
23.1	Andere Erziehungsmaßnahmen .....	174
23.1.1	Das Hinausweisen störender Schüler und Schülerinnen .....	175
23.1.2	Das Nutzungsverbot für Mobilfunktelefone und digitale Speichermedien .....	175
23.1.3	Unzulässige andere Erziehungsmaßnahmen .....	176
23.2	Ordnungsmaßnahmen und Sicherungsmaßnahmen .....	176
23.2.1	Grundsätze des Verwaltungshandelns und des Verwaltungsverfahrens.....	176
23.2.2	Einzelne Ordnungsmaßnahmen .....	178
23.2.3	Sicherungsmaßnahmen .....	179
<b>24</b>	<b>Schulentwicklung – Evaluation .....</b>	<b>181</b>
24.1	Das Konzept der Schulentwicklung .....	181
24.2	Evaluation.....	182
<b>25</b>	<b>Lernortkooperation.....</b>	<b>184</b>
25.1	Rechtsgrundlagen und Inhalte .....	184
25.2	Kooperation durch den Auszubildenden .....	185
25.3	Kooperation durch die Berufsschule .....	186
25.4	Weitere Kooperationsfelder.....	186

## Teil 2: Beamten- und Tarifrecht

<b>1</b>	<b>Beamtenrecht.....</b>	<b>188</b>
1.1	Grundsätze des Berufsbeamtentums.....	188
1.2	Gesetzliche Formvorgaben .....	190
1.3	Treue und Fürsorge .....	191
1.4	Alimentationsprinzip .....	191
1.5	Das bayerische Dienstrecht.....	192
<b>2</b>	<b>Tarifrecht.....</b>	<b>194</b>
2.1	Regelung durch Tarifvertrag.....	194
2.2	Pflichten und Rechte.....	195
2.3	Aufstiegsmöglichkeiten/Höhergruppierung .....	197
2.4	Änderung der Arbeitsbedingungen .....	197
2.5	Soziale Sicherung .....	197
2.6	Beendigung des Arbeitsverhältnisses .....	198
	Abkürzungsverzeichnis.....	199
	Stichwortverzeichnis .....	200

# Teil 1: Schulrecht

## 1 Pädagogik und Recht

### Fall 1.1

Um seine Schüler zur Pünktlichkeit zu erziehen, erteilt eine Lehrkraft jedem, der zu spät in seinen Unterricht kommt, einen Verweis. Eine andere Lehrkraft, die in derselben Klasse unterrichtet, lässt derartiges Schülerverhalten unbeachtet.

Der Klassensprecher beklagt sich beim Schulleiter über das »ungerechte« Verhalten der strengeren Lehrkraft.

- Wie beurteilen Sie das Verhalten der Lehrkräfte aus rechtlicher Sicht?
- Wie könnte der Schulleiter reagieren?

### 1.1 Rechtsbegriff

»Das Recht ist definiert als eine im Menschen innerlich wirkende geistige Macht, die ihn antreibt, bestimmte Dinge zu tun oder zu unterlassen, die aber durch eine äußere Macht unterstützt werden muss, um ein gedeihliches Zusammenleben der Menschen zu erzielen«<sup>1</sup>

Menschen entwickeln für ihr Verhalten ein individuelles Bewusstsein für richtiges oder falsches Handeln im gegenseitigen Umgang, das sich bei kritischer Betrachtung in der Gemeinschaft oft nicht konsensfähig erweist und zu Konflikten führt.



Illustration: Reproduktion mit freundlicher Genehmigung der Novartis AG, Basel

Albert Anker: Dorfschule von 1848

Diesem gesellschaftlichen Konfliktpotential versucht man seit Bestehen der Menschheit zu begegnen, indem Handlungsmaßstäbe von wie auch immer Autorisierten verbalisiert und in zunehmendem Maße als Regelungen und Ordnungen schriftlich fixiert und als allgemeingültiges Recht erklärt werden. Dabei weichen aus vielerlei Gründen sowohl Handlungsmaßstäbe als auch Sanktionsregelungen örtlich und zeitlich teilweise erheblich voneinander ab; insoweit kann man davon ausgehen, dass es kein ewig gleichbleibendes Recht gibt und dass das Recht einer ständigen Weiterentwicklung unterliegt. Dennoch ist jedes Mitglied der Gesellschaft an die jeweils bestehende Rechtsordnung gebunden.

<sup>1</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Recht> (22.02.2021)

Die systematische Erfassung aller Lebensbereiche durch möglichst umfassende und demokratisch legitimierte Rechtsstrukturen hat auch in Deutschland die Schulen erst in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erreicht. Historisch gewachsene, ministerielle Erlasssammlungen und Gewohnheitsrecht wurden von Gesetzen und Verordnungen abgelöst.

Die Gesamtheit aller Rechtsregelungen im Schulbereich bezeichnet man als Schulrecht. Darin sind insbesondere Rechte und Pflichten der Schüler, Eltern, Lehrer, Schulaufsicht und der Schulträger geregelt.

Bezogen auf den Ausgangsfall finden wir auszugsweise folgende Regelungen:

#### **Art. 56 BayEUG**

(4) Alle Schülerinnen und Schüler haben sich so zu verhalten, dass die Aufgabe der Schule erfüllt und das Bildungsziel erreicht werden kann. Darüber hinaus haben sie insbesondere die Pflicht, am Unterricht regelmäßig teilzunehmen und die sonstigen verbindlichen Schulveranstaltungen zu besuchen. Die Schülerinnen und Schüler haben alles zu unterlassen, was den Schulbetrieb oder die Ordnung der von ihnen besuchten Schule oder einer anderen Schule stören könnte...

#### **§ 2 LDO**

(1) Die Lehrkraft trägt im Rahmen der Rechtsordnung und ihrer dienstlichen Pflichten die unmittelbare pädagogische Verantwortung für die Erziehung und den Unterricht ihrer Schüler. Sie trägt die Verantwortung für die Schule mit.

#### **Art. 2 BayEUG**

(1) Die Schulen haben insbesondere die Aufgabe, ... zu selbständigem Urteil und eigenverantwortlichem Handeln zu befähigen, zu verantwortlichem Gebrauch der Freiheit, zu Toleranz, friedlicher Gesinnung und Achtung vor anderen Menschen zu erziehen, zur Anerkennung kultureller und religiöser Werte zu erziehen,

#### **Art. 86 BayEUG**

(1) Zur Sicherung des Bildungs- und Erziehungsauftrags oder zum Schutz von Personen und Sachen können Erziehungsmaßnahmen gegenüber Schülerinnen und Schülern getroffen werden... Soweit andere Erziehungsmaßnahmen nicht ausreichen, können Ordnungs- und Sicherungsmaßnahmen ergriffen werden... Alle Maßnahmen werden nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ausgewählt.

(2) Ordnungsmaßnahmen sind:

1. der schriftliche Verweis ...

#### **§ 21 LDO**

(1) Die Klassenkonferenz hat ... auch den Zweck, die enge Zusammenarbeit und die gegenseitige Verständigung der in der Klasse tätigen Lehrkräfte zu fördern und die Anforderungen an die Schüler abzustimmen.

#### **§ 24 LDO**

(1) Die Schulleiterin oder der Schulleiter nimmt insbesondere folgende Befugnisse wahr:  
– Vorstand der Behörde ...

(2) Vorbehaltlich der Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörden sorgen die Schulleiterinnen und Schulleiter im Rahmen ihrer Dienststellung in Erfüllung der ihnen ... zugewiesenen Aufgaben dafür, dass der in den Lehrplänen und sonstigen amtlichen Richtlinien gegebene Auftrag der Schule erfüllt, der Unterricht ordnungsgemäß erteilt, die Arbeit der einzelnen Lehrkräfte aufeinander abgestimmt wird und die Rechts- und Verwaltungsvorschriften, insbesondere das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, die jeweilige Schulordnung und die Dienstordnung beachtet werden.

Daneben sind selbstverständlich andere Rechte wie u. a. das Recht auf körperliche Unversehrtheit oder das allgemeine Persönlichkeitsrecht weiterhin zu beachten.

Vielfach stößt man im Schulalltag im Umgang mit dem Regelwerk an Grenzen, da einerseits die Vielfalt der Verhaltensformen nicht mehr im Detail regelbar ist, andererseits das Regelwerk selbst die Beurteilung des Falles und die entsprechende Entscheidung von einem Werturteil abhängig macht. Hier gilt es, Maßstäbe anzusetzen, die bei den Beteiligten auf ein größtmögliches Verstehen und Akzeptieren stoßen: Angemessenheit, Berücksichtigung der besonderen Umstände, Gleichbehandlung in gleichen Fällen, Ausgewogenheit, Sinnhaftigkeit, u. a.. Solche Wertmaßstäbe dürfen nicht der Unerfahrenheit, Willkür oder einer zufälligen Auffassung der verantwortlichen Personen überlassen bleiben und unterliegen der Aufsicht von Dienstvorgesetzten.

In **Fall 1.1** verstößt der »strenge« Lehrer gegen den in Art. 86 BayEUG geforderten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, wenn er unbegründetes wiederholtes Zuspätkommen ebenso ahndet wie ein begründetes einmaliges. Daneben wird zu prüfen sein, ob andere Erziehungsmaßnahmen im Einzelfall ausreichend gewesen wären.

Der »milde« Lehrer missachtet das Recht der pflichtbewussten Schüler auf einen störungsfreien Unterricht sowie die pädagogische Verantwortung für Erziehung und Unterricht.

Der Schulleiter orientiert sich daran, inwieweit durch das Verhalten beider Lehrkräfte der Unterricht beeinträchtigt wird und Schul- und Dienstordnungen beachtet werden. Außerdem achtet er auf eine notwendige Abstimmung der Arbeit der Lehrkräfte untereinander. Gegebenenfalls macht er die Angelegenheit zum Thema einer Klassen- oder Lehrerkonferenz. Wenn unterschiedliche Wertmaßstäbe der Lehrkräfte eine breite ordnungsgemäße Erfüllung des Schulauftrags gefährden, wird eine gemeinsam erstellte Leitlinie weiterhelfen.

## 1.2 Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen

### Fall 1.2

Der Schüler Marc der 9. Klasse einer Wirtschaftsschule ist verärgert, weil seine Mitschülerin Rita sich geweigert hatte, ihn vor dem Unterricht die Hausaufgabe abschreiben zu lassen. In der Pause bedrängen Marc und seine Freunde Rita und beleidigen sie grob und sexistisch.

Der Schulleiter, dem der Vorfall berichtet wurde, bat den Klassenlehrer, geeignete Erziehungsmaßnahmen zu ergreifen. Dieser lehnt die Bitte ab mit der Begründung, er sei für die Vermittlung von Bildung zuständig. Erziehung sei alleinige Angelegenheit der Eltern.

- Wie beurteilen Sie diese Haltung aus rechtlicher Sicht?

Die Erziehung von Kindern ist eine natürliche Aufgabe der Eltern. Das bedeutet in freiheitlich orientierten Gesellschaften sowohl ein prioritäres Recht der Eltern als auch die verantwortungsvolle Verpflichtung gegenüber dem eigenen Kind.

Dazu gehört es auch, das Kind individuell zu stärken und als Glied der Gemeinschaft zu sozialisieren, um ihm für die Zukunft alle Chancen der Anerkennung und Selbstverwirklichung zu eröffnen.

Entsprechend regelt das Grundgesetz in Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG: »Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.«

Es liegt im Interesse der Gemeinschaft, dass Eltern auch tatsächlich ihre Erziehungsverpflichtung einerseits zum Wohl und zum Schutz der Kinder, aber auch zum Wohl der Gesellschaft erfüllen. Die Kontrollfunktion übertrug das Grundgesetz auf die staatliche Gemeinschaft (Art. 6 Abs. 2 Satz 2 GG).

Durch unzureichende Erziehung entstandene soziale Fehlentwicklungen werden staatlichen Organen durch auffälliges Verhalten in der Öffentlichkeit angezeigt; überwiegend zeigen sich allerdings altersbedingt Reife und Sozialisierungsgrad in Kindergärten und Schulen. Dabei ist es nicht die Aufgabe der Schulen, Eltern die Erziehung abzunehmen. Allenfalls erhalten Eltern Erziehungshilfen durch Mitteilungen der Schulen über notwendige Ordnungsmaßnahmen bzw. über den Leistungsstand sowie bei Elternsprechtagen.

#### **Art. 126 BV**

(1) Die Eltern haben das natürliche Recht und die oberste Pflicht, ihre Kinder zur leiblichen, geistigen und seelischen Tüchtigkeit zu erziehen. Sie sind darin durch Staat und Gemeinden zu unterstützen. In persönlichen Erziehungsfragen gibt der Wille der Eltern den Ausschlag.

Den Schulen wurde jedoch in Art. 131 BV sowie im BayEUG ein ausdrücklicher Bildungs- und Erziehungsauftrag gegeben, gleichzeitig aber auf das verfassungsmäßige Erziehungsrecht der Eltern hingewiesen.

#### **Art. 1 BayEUG**

(1) Die Schulen haben den in der Verfassung verankerten Bildungs- und Erziehungsauftrag zu verwirklichen. Sie sollen Wissen und Können vermitteln sowie Geist und Körper, Herz und Charakter bilden. Oberste Bildungsziele sind Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung, vor der Würde des Menschen und vor der Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl und Verantwortungsfreudigkeit, Hilfsbereitschaft, Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Gute und Schöne und Verantwortungsbewusstsein für Natur und Umwelt. Die Schülerinnen und Schüler sind im Geist der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinn der Völkerversöhnung zu erziehen.

(2) Bei der Erfüllung ihres Auftrags haben die Schulen das verfassungsmäßige Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder zu achten.

Das gesamte Schulwesen wurde verfassungsrechtlich unter Aufsicht des Staates gestellt (Art. 7 GG, Art. 130 BV). Die Schulaufsicht ist Aufgabe des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, das für die Verwirklichung bildungspolitischer und pädagogischer Vorgaben in der Schulpraxis zuständig ist. Die Wahrnehmung der Aufgabe wird z. T. auf schulische Mittelbehörden übertragen. Die Lehrkräfte setzen die pädagogischen und bildungspolitischen Vorgaben an den Schulen um. Die Verantwortung trägt dafür der Schulleiter im Rahmen seiner Dienstaufsicht.

#### **§ 2 LDO**

(1) Die Lehrkraft trägt im Rahmen der Rechtsordnung und ihrer dienstlichen Pflichten die unmittelbare pädagogische Verantwortung für die Erziehung und den Unterricht ihrer Schüler. Sie trägt die Verantwortung für die Schule mit.

(2) Die Lehrkraft hat den in der Verfassung und im Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen niedergelegten Bildungs- und Erziehungsauftrag zu beachten. Sie muss die verfassungsrechtlichen Grundwerte glaubhaft vermitteln...

Die pädagogische Verantwortung beschränkt sich demzufolge nicht auf die Vermittlung von Wissen und Können.

Gleichrangig ist die Bildung von Geist, Körper, Herz und Charakter. Die Tatsache, dass dazu Lehrpläne keine oder weniger detaillierte Angaben darüber machen als für Wissen und Können, entbindet nicht von der Verpflichtung zur Beachtung dieser Ziele, ist aber häufig Grund für deren Vernachlässigung.

Bildungs- objekte	Komponenten	Ziel
Geist	Logik, Denken in Zusammenhängen, in anderen Dimensionen	Ganzheitliche Persönlich- keitsentwick- lung
Körper	Gesundheit, Wirkung der körperlichen Präsenz	
Herz	Umgang mit Gefühlen, Sympathien, Freundschaften	
Charakter	Bildung von Tugenden, Ehrbarkeit, moralische Grundsätze	

Einen besonderen Stellenwert erhalten die obersten Bildungsziele

- Ehrfurcht vor Gott,
- Achtung vor religiöser Überzeugung,
- Achtung vor der Würde des Menschen und
- Achtung vor der Gleichberechtigung von Männern und Frauen,
- Selbstbeherrschung,
- Verantwortungsgefühl und Verantwortungsfreudigkeit,
- Hilfsbereitschaft,
- Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Gute und Schöne und
- Verantwortungsbewusstsein für Natur und Umwelt, Artenschutz und Artenvielfalt.

Hier geht es darum, den Schülern deutlich zu machen, wie wichtig ein aufgeschlossener, respektvoller und verantwortungsbewusster Umgang mit Mensch und Natur für ein gedeihliches Zusammenleben und damit auch für ihn selbst bzw. seine persönliche Entwicklung ist. Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Gute und Schöne betrifft tief in der abendländischen Tradition verwurzelte »Werte wie Erkenntnisgewinn oder Objektivität in der Darstellung von Sachverhalten, Tugenden wie Gerechtigkeit, Fairness und Toleranz, ästhetische Qualitäten wie Harmonie oder Ausdruckskraft, ... können aber auch heute als erstrebare Ideale dargestellt werden«.<sup>1</sup>

Darüber hinaus sind die Schülerinnen und Schüler im Geist der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinn der Völkerversöhnung zu erziehen. Hier geht es um die Erkenntnis, dass im vertrauten, nahen und überschaubaren Umfeld eine Quelle der Kraft für die Bewältigung fremder, globaler Herausforderung liegt, ohne dass ein übertriebener Nationalgedanke die wiedergewonnene Völkerverständigung und deren Vorzüge in Frage stellt.

<sup>1</sup> Vgl. Kiesel/Stahl, Das Schulrecht in Bayern, 2001, BayEUG-Kommentar, S. 6

Je nach Fach, Inhalt oder Ereignis sind solche Bildungsziele sinnvoll, stetig und nachhaltig zu integrieren, um den geforderten Beitrag zu einer zunehmenden Vervollkommnung der Persönlichkeit der Schüler zu erbringen. Wichtig ist, dass sich bietende Gelegenheiten und geeignete Anlässe konstruktiv und zielorientiert genutzt werden und dass die Selbstdarstellung der Lehrkraft glaubhaft und dauerhaft den zu vermittelnden Wertmaßstäben entspricht.

Die Argumentation, mit der der Lehrer im **Fall 1.2** die Bitte zur Durchführung von Erziehungsmaßnahmen ablehnt, ist falsch und entspricht nicht der geltenden Rechtslage. Er vertritt die Auffassung, sein Bildungsauftrag beschränkt sich auf Wissen und Können. Sein Bildungsauftrag geht gemäß Art. 1 BayEUG i.V. mit § 2 LDO darüber hinaus. Demgemäß hat der Lehrer zum gegebenen Anlass im einzelnen Bildungsziele wie die Achtung vor der Würde des Menschen, die Gleichberechtigung, Selbstbeherrschung aufzugreifen. Wegen des Fehlverhaltens und auch in Bezug auf die fehlende Hausaufgabe muss die Lehrkraft eine angemessene und möglichst nachhaltige Erziehungsmaßnahme ergreifen, die mindestens aus einer überzeugenden Darlegung die Grundsätze konstruktiven Sozialverhaltens und der Bedeutung einer sorgfältigen Erledigung von Aufgaben besteht.

### 1.3 Recht auf eine der Begabung entsprechende Bildung

Während die Gesellschaft Bildung lange Zeit als individuelles Anliegen den zufälligen Möglichkeiten des Einzelnen überließ, erhob Wilhelm von Humboldt schon Mitte des 19. Jahrh. die Forderung nach einer systematischen Förderung des Bildungspotentials aller. Jedem solle Bildung zugänglich gemacht werden und jeder nach seinen Fähigkeiten und gesellschaftlichen Anforderungen gefördert werden.

Diesem Grundsatz versucht man auch heute gerecht zu werden. Sowohl in Art. 128 BV als auch in Art. 56 Abs. 1 BayEUG finden wir entsprechende verpflichtende Vorgaben.

Wesentliches Ziel ist es, möglichst allen jungen Menschen grundsätzlich den Zugang zu einer Ausbildung zuzusichern, die ihren »erkennbaren Fähigkeiten und ihrer inneren Berufung« entspricht.

Die wirtschaftliche Situation der Schüler bzw. deren Eltern sollen keinen Einfluss auf die potentielle Bildungsentscheidung haben. Deshalb wird in Bayern an öffentlichen Schulen kein Schulgeld erhoben (Art. 23 BaySchFG) und es besteht grundsätzlich Lernmittelfreiheit (Art. 21 BaySchFG).

Dementsprechend haben Schüler bzw. deren Erziehungsberechtigte das Recht, im bayerischen gegliederten Schulsystem Schulart, Ausbildungsrichtung und Fachrichtung zu wählen, soweit Eignung und Leistung dies zulassen (Art. 44 Abs. 1 BayEUG). Die Feststellung des schulischen Leistungsbildes erfolgt im Rahmen schulartbezogener Übertrittsverfahren. Zur möglichst passgenauen Bildungswegentscheidung stehen an allen Schularten qualifizierte Schulberater zur Verfügung.

#### Art. 56 BayEUG

... Alle Schülerinnen und Schüler haben gemäß Art. 128 der Verfassung ein Recht darauf, eine ihren erkennbaren Fähigkeiten und ihrer inneren Berufung entsprechende schulische Bildung und Förderung zu erhalten...



Alexander von Humboldt  
1769-1859

© Ullstein-Bild – Heritage Images The Print Collector



## Übertritt und Schulwechsel in Bayern: So geht die Schulkarriere weiter

### **Alles zum Übertritt von der Grundschule an die weiterführenden Schulen, alle Regelungen zu Übertritten an andere Schulen und Hinweise zum Schulwechsel über Ländergrenzen**

Die erste Schulwahl nach der Grundschule bedeutet keine abschließende Entscheidung über die schulische Laufbahn des Kindes. Das bayerische Schulsystem eröffnet jeder Schülerin und jedem Schüler einen individuellen Bildungsweg. Im Laufe eines Schullebens können sich Leistungen von Kindern und Jugendlichen ändern. Jeder Schüler erhält deshalb regelmäßig die Möglichkeit, seinen Bildungsweg neuen Gegebenheiten und Zielen anzupassen. Dies vermeidet Unter- oder Überforderung und macht den Schulerfolg wahrscheinlich. Alle Schulen in Bayern bieten mehrere Möglichkeiten, um Schulabschlüsse zu erreichen. Grundsätzlich gilt: Mit jedem erreichten Abschluss steht der Weg zum nächsthöheren schulischen Ziel offen. Nach dem Prinzip der Durchlässigkeit ermöglicht jede weiterführende Schule den mittleren Schulabschluss.

<https://www.km.bayern.de/umzug> (22.02.2021)

### **Wiederholung – Vertiefung**

1. Im Schulalltag haben die Beteiligten eine Fülle von Rechtsvorschriften zu beachten. Nennen Sie Gründe für eine Verschlankung bzw. einer Ausweitung der Vorschriften.
2. Der Gesetzgeber verpflichtet die Lehrkräfte zur Umsetzung allgemeiner Bildungs- und Erziehungsziele. Wie sollte nach Ihrer Auffassung die Lehrkraft darauf vorbereitet werden?
3. Nehmen Sie Stellung zur Gleichheit der Bildungschancen in Bayern.
4. Suchen Sie im Lehrplan Ihrer Unterrichtsfächer Themen, die eine Verknüpfung mit den obersten Bildungszielen ermöglichen.
5. In welchen Unterrichtssituationen des Schulalltags könnten die obersten Bildungsziele besondere Bedeutung erlangen?

## 2 Rechtsquellen im Schulrecht

### Fall 2.1

Patrick ist Schüler der 9. Klasse eines staatlichen Gymnasiums. Wegen ständiger Unterrichtsstörungen durch undisziplinierte Kommunikation mit einigen seiner Klassenkameraden, wurde er nach wiederholten Mahnungen und nach Androhung der Maßnahme in eine Parallelklasse versetzt.

Nach drei Wochen fasst Patrick den Mut, die Veränderung seinen Eltern mitzuteilen. Der Vater hält die Maßnahme für überzogen und sucht in der Schulordnung für Gymnasien vergeblich nach einer einschlägigen Rechtsvorschrift.

- Liegt hier gegebenenfalls eine Regelungslücke vor?

### 2.1 Normenhierarchie im Schulrecht

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht auf der obersten Stufe aller in unserem Land geltenden Rechtsnormen. Es enthält die Festlegung der grundlegenden Wertentscheidungen (Grundrechte) und des staatlichen Ordnungssystems (Institutionen, Gesetzgebung). Daneben haben sich die Bundesländer eigene Verfassungen gegeben, die gegenüber dem Grundgesetz nachrangig sind (Art. 31 GG). Für ihr eigenes Rechtssystem haben sie bindenden Charakter.

Alle erlassenen Rechtsnormen müssen den Bestimmungen der Verfassungen entsprechen; im Zweifel wird das Verfassungsgericht in Anspruch genommen. Dazu gehört auch die in bestimmter Weise notwendige demokratische Legitimation.



*Urteilsverkündung beim Bundesverfassungsgericht (Karlsruhe)*



Rechtssetzungen über wesentliche Entscheidungen sind als Gesetze von den Parlamenten selbst zu erlassen. Diese sogenannte »Wesentlichkeitstheorie« stellt die geltende Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes dar. Wesentliche Fragen sind in diesem Zusammenhang solche, die »für die Ausübung der Grundrechte« wesentlich sind.

Ein Gesetz kann zuständige Exekutivorgane (Ministerien) ermächtigen, Rechtsverordnungen zu erlassen, die ebenso wie Gesetze Rechte und Pflichten ge-

genüber jedermann begründen. Das jeweilige Verordnungsermächtigungsgesetz muss allerdings Inhalt der Verordnung, deren Zweck und ihr Ausmaß hinreichend bestimmen.

Zur einheitlichen Rechtsanwendung der Behörden werden im Rahmen bestehender Gesetze ohne besondere Ermächtigung und Zweckbestimmung Verwaltungsvorschriften erlassen. Sie sind keine auf den Bürger unmittelbar wirkenden Rechtsnormen, können aber im konkreten Einzelfall in der Ausgestaltung eines konkreten Verwaltungsaktes oder durch die Ablehnung eines beantragten Verwaltungsaktes auch Außenwirkung entfalten. Die von der Verfassung geforderte demokratische Legitimation ergibt sich daraus, dass die maßgeblichen Exekutivorgane nach rechtsstaatlichen Grundsätzen installiert sind. Dennoch ist es wichtig, der Verwaltung einen gewissen Spielraum zur Regelung von Details einzuräumen, weil ein Gesetz nicht alle denkbaren Fälle regeln kann. Die Bezeichnungen solcher Vorschriften reichen von allgemeinen Begriffen wie Anordnung, Dienstanweisung, Erlass, Richtlinie, Durchführungshinweise bis hin zu speziellen Bezeichnungen wie Lehrerdienstordnung oder Ferienordnung (Kultusministerielle Bekanntmachungen).

In Bezug auf Rechtsnormen für Schulen bestimmen sowohl das Grundgesetz als auch die Verfassung des Freistaates Bayern, dass das gesamte Schulwesen unter Aufsicht des Staates steht. Deshalb erfolgt die rechtsverbindliche Regelung des Schulsystems durch staatliche Organe im Rahmen des Öffentlichen Rechts. Im Besonderen betrifft dies die Rechte und Pflichten aller am öffentlichen Schulprozess Beteiligten (Schüler, Eltern, Lehrer, Schulaufsicht). Privatrechtliche Elemente finden wir in Privatschulen zwischen Schulen und Schülern (Eltern) und bei Lehrkräften, die nicht als Beamte beschäftigt werden.

Im Rahmen der hierarchischen Rechtsstruktur und des verbindlichen »Wesentlichkeitsprinzips« werden für den Schulbereich per Gesetz Entscheidungen erlassen, die grundrechtlich relevant und damit als wesentlich betrachtet werden.

Als wesentlich eingestuft werden, z.B.:	Gesetz
Bildungs- und Erziehungsziele	Art. 1 BayEUG
Gliederung des Schulwesens	Art. 6 BayEUG
Pädagogische Verantwortung der Lehrkräfte	Art. 59 BayEUG
Erziehungsmaßnahmen – Ordnungsmaßnahmen	Art. 86 BayEUG
Lernmittelfreiheit	Art. 21 BaySchFG
Schulgeldfreiheit	Art. 23 BaySchFG
Kostenfreiheit des Schulwegs	SchKfrG

Aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen wird durch das Kultusministerium eine Reihe von differenzierten Rechtsverordnungen erlassen. So ermöglicht Art. 45 Abs. 2 Satz 4 BayEUG z. B. die Festlegung der Unterrichtsfächer, der wöchentlichen Unterrichtsstunden usw. auf dem Verordnungsweg. Alle Schulordnungen in Bayern (BaySchO, GrSO, MSO, RSO, GSO, BSO, FOBOSO usw.) sind gemäß Art. 89 BayEUG Rechtsverordnungen. Sie enthalten eine Vielzahl wesentlicher Bestimmungen, die im Sinn des BayEUG für die jeweilige Schulart dauerhaft Allgemeinültigkeit besitzen sollen.

Eher kurzfristiger Regelungsbedarf wird seitens der vorgesetzten Dienstbehörden z. B. durch kultusministerielle Schreiben (KMS), Regierungsschreiben (RS), Durchführungsrichtlinien, Dienstanweisungen oder Bekanntmachungen (KMBek) abgedeckt. Verwaltungsvorschriften wenden sich in erster Linie an Schulleiter und Lehrkräfte zur einheitlichen Rechtsanwendung, können in bestimmten Fällen aber auch Auswirkungen auf Schüler haben.

**Beispiel:****Durchführungshinweise zu Schülerfahrten**

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 9. Juli 2010 Az.: II.1-5 S 4432-6.61 208

**2. Entscheidung über die Zusammenstellung des Fahrtenprogramms**

... Die Entscheidung trifft ... die Lehrerkonferenz. Der Schülerausschuss ist anzuhören. Die Mitwirkungsrechte des Elternbeirats ... sind zu beachten. Eine Entscheidung über den Reisezeitpunkt oder den Personaleinsatz ... bleibt der Schulleiterin bzw. dem Schulleiter vorbehalten.

Schülerinnen und Schüler, die... nicht teilnehmen, haben während deren Dauer den Unterricht in anderen Klassen oder Kursen oder sonstige Schulveranstaltungen der Schule zu besuchen.

Die Versetzung eines Schülers in eine Parallelklasse als Ordnungsmaßnahme im **Fall 2.1** gilt aus verfassungsrechtlicher Sicht als eine »wesentliche Entscheidung« und bedarf einer Regelung in Form eines Gesetzes. Dem wurde durch Art. 86 Abs. 2 Nr. 3 BayEUG Rechnung getragen.

**Wiederholung – Vertiefung**

1. Die Eltern einer islamischen Schülerin bestehen auf einer Befreiung vom Schwimmunterricht mit der Begründung, der Koran schließe die Teilnahme am Schwimmunterricht aus.
  - a) Welche Rechtsquellen kommen für die Lösung des Falles in Frage? (Begründung)
  - b) Welche Gründe sprechen für bzw. gegen eine Befreiung vom Schwimmunterricht?
2. Warum erzeugen Verwaltungsvorschriften Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit?
3. Suchen Sie in der jeweiligen Schulordnung Ihrer Schulart die Ermächtigung für den Erlass dieser Schulordnung durch Rechtsverordnung.
4. Zur Durchsetzung der Schulpflicht können Schüler/-innen zwangsweise der Schule zugeführt werden (Art. 118 Abs. 1 BayEUG).
  - a) Warum kann diese Regelung nicht in einer Schulordnung getroffen werden (Art. 19 Abs. 1 GG)?
  - b) Diskutieren Sie inhaltlich diese Grundrechtseinschränkung und finden überdies die gesetzlich vorgeschriebene Angabe des Grundrechts im BayEUG.
5. Warum finden sich in der Normenhierarchie des Schulrechts keine spezialgesetzlichen Regelungen bzw. Rechtsverordnungen auf der Ebene des Bundes?
6. Lesen Sie Art. 7 Abs. 4 BayEUG. Diskutieren Sie die Regelung vor dem Hintergrund einer möglichen Normenkollision mit dem Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung.
7. Welche Bedeutung haben Verwaltungsvorschriften bei einer verwaltungsgerichtlichen Entscheidung zu schulrechtlichen Streitigkeiten? Lesen Sie hierzu Art. 97 Abs. 1 GG.